

# Regeln bei Versetzungen gemeinsam festgelegt



Nummer 11 Oktober 2010  
Zeitung der IG Metall Betriebsräte

## Fraktionschef Steinmeier (SPD) getroffen Betriebsräte in Berlin



Auf einer Betriebsrätekonferenz der SPD war eingeladen auch Betriebsrat Rainer Feigen-span von Audi. Die Besucher aus dem Unter-

land trafen in Berlin auch den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier.

Siehe Seite 3

# Im Mittelpunkt der Mensch

„Bei Audi zählt der Mensch. Wir stehen für Chancengleichheit und Gleichbehandlung. Wir alle stehen für Respekt und partnerschaftliches Verhalten.“ So steht es im „Code of Conduct“ geschrieben, der die Beziehungen bei Audi regeln soll. Mit diesem Selbstverständnis will das Unternehmen einen Maßstab für einen fairen Umgang miteinander

schneidern. Eine erste Vereinbarung über Versetzungen liegt auf dem Tisch.

Ambitioniert sind auch die Ziele, die sich der Audi Betriebsrat bei seiner letzten Klausur für den Standort Neckarsulm auferlegt hat. Er will einen partnerschaftlichen und wertschätzenden Umgang von Vorgesetzten und Mitarbeitern vorantreiben.



## Wie das Werk in Ungarn Arbeitsplätze in Neckarsulm stabilisiert Beschäftigung bis 2014 sicher

Das Audi-Werk in Győr soll erweitert werden. Befürchtungen, dass dadurch Arbeitsplätze bei Audi in Deutschland abgebaut werden, haben die Betriebsrä-

te der IG Metall eine Riegel vorgeschoben. Eine Beschäftigungssicherung bis 2014 für Neckarsulm und Ingoldstadt wurde vereinbart. Siehe Seite 3



## 13. November: Demonstration für soziale Gerechtigkeit Heißer Herbst

Die IG Metall fordert einen Kurswechsel in der Politik. Lehren aus der Finanzkrise müssen gezogen werden. Statt Casino-Kapitalismus brauchen wir eine Wende zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Leiharbeit muss fair bezahlt werden. Es darf kein Lohndumping geben. Junge Menschen brauchen eine Chance. Deshalb muss mehr in Bildung investiert werden. Der Sozialstaat darf nicht ausge-

höhlt werden. Deshalb muss die Rente mit 67 zurückgenommen werden und die Kopfpause muss vom Tisch. Die IG Metall fordert ein solidarisch finanziertes Gesundheitswesen. Am 13. November 2010 ist ein bundesweiter Aktionstag. Die IG Metall Heilbronn-Neckarsulm ruft zur Teilnahme an der Demonstration am 13. November 2010 in Stuttgart auf. Siehe Seite 2

## JAV und Schwerbehindertenvertretung

# Neuwahlen im Herbst

Das Jahr 2010 ist das Jahr der Wahlen. Im Frühjahr war es die Betriebsratswahl und im Herbst folgen die Jugend- und Auszubildendenvertreterwahl sowie die Wahl der Schwerbehindertenvertreter. Damit legen die Beschäftigten fest, wer ihre Interessen in den Folgejahren vertreten soll. Was sich die Kandidaten vornehmen und für was sie stehen zeigen die Beiträge auf der letzten Seite.

~~Kandidatinnen und Kandidaten der IG Metall~~



Ich bin in der IG Metall, weil man gemeinsam was verändern kann

Robin Lörcher, Lackiererei

## Leiharbeit besser bezahlen!

# Es geht doch!

Die Leiharbeit spaltet zunehmend die Gesellschaft. Es zählt nicht mehr einen Beruf auszuüben, sondern vielmehr, ob dieser in ein Leiharbeitsverhältnis oder in eine FestEinstellung mündet. Gleiche Arbeit wird damit zu ungleich bezahlter Ar-

beit. Der Einzelne wird sichtbar zum Spielball wirtschaftlicher Interessen.

Audi zeigt beim Umgang mit seinen Leiharbeitern, dass dies nicht grundsätzlich und nicht überall so sein muss.

Siehe Seite 2

# Heißer Herbst gegen Rente mit 67 und

Perspektiven  
für die Jugend

faire Bezahlung  
bei Leiharbeit

## unsoziale CDU-FDP Politik aus Berlin

Am 13. November 2010 demonstrieren Metallerinnen und Metaller für einen Kurswechsel in der Politik. Mit Bussen und einem Sonderzug geht es nach Stuttgart.

Gründe gibt es genug. Im Herbst stehen mehrere politische Entscheidungen an. Das Sparpaket soll im Bundestag verabschiedet werden. Hauptleidtragende wären Arbeitslose und Familien. Dort wird am stärksten gekürzt. Mehr als die Hälfte des Schuldenzuwachses geht auf Kosten der Banken. Knapp 100 Mrd. hat die Regierung

zur Stützung der Banken ausgegeben. Statt Vermögende jetzt stärker zu belasten, will man jetzt das Geld bei den Ärmsten holen.

Im November will die Bundesregierung den Rentenbericht veröffentlichen. Schon jetzt ist unbestritten, dass die Rente ab 67 ein verkapptes Rentenkürzungsprogramm ist. Lediglich jeder fünfte Erwerbsfähige im Alter zwischen 60 und 65 geht noch einer Beschäftigung nach.

Unsozial ist auch die geplante Gesundheitsreform, die den Weg in Richtung Kopfpauschale bahnt.

Während Ärzte und Pharmaindustrie weitgehend ungeschoren davon kommen, sollen in Zukunft alle Kostensteigerungen von den Versicherten getragen werden. Die paritätische Finanzierung wird ausgehebelt, die Tür zur Kopfpauschale geöffnet. Damit werden untere Einkommen deutlich stärker belastet. In bundesweiten Aktionen drängt die IG Metall auf einen Kurswechsel in der Politik für mehr Gerechtigkeit, faire Bezahlung und soziale Sicherheit. Nähere Informationen gibt es von den IG Metall-Vertrauensleuten.

Beispiel Audi: 14 Euro statt 9 Euro

## Leiharbeit geht auch besser bezahlt

Mit einem Einstiegslohn von 13,97 Euro bis maximal 16,06 Euro hat der Betriebsrat bei Audi auch für Leiharbeiter das tarifliche Grundentgelt der Metall- und Elektroindustrie vereinbaren können. Bei Beschäftigten von sogenannten Werksvertragsfirmen ist der Einfluss des Betriebsrates auf das Entgelt allerdings kaum möglich. Betrachtet man bei diesem Vergleich nochmals die Entgelte der Audi-Leiharbeiter, so liegen diese Löhne nicht selten doppelt so hoch wie in der Leiharbeitsbranche üblich. Ein besonderes Augenmerk richtet der Betriebsrat bei Audi Neckarsulm auf die Existenz eines Betriebsrates bei den Leiharbeitsfirmen. Zudem wird erwartet, dass dieser für die bei

Audi eingesetzten Beschäftigten erreichbar ist. Jeder Leiharbeitnehmer kann sich dennoch an die Audi Betriebsräte wenden. Was die zukünftige Bezahlung der Leiharbeiter betrifft, ist der Betriebsrat recht zuversichtlich, dass ein Angleich nach den Forderungen der IG Metall „Gleiche Arbeit – Gleicher Lohn“ keine Utopie darstellen muss. Seit 2005 gibt es bei Audi eine Vereinbarung zur Leiharbeit. Darin ist unter anderem geregelt, dass der Anteil externer Leiharbeitskräfte pro Werk der AUDI AG bis zu 5 Prozent der direkten Mitarbeiter betragen kann. Dies soll dem Unternehmen bei Produktionsschwankungen einen kleinen Spielraum ermöglichen und die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

2000 Metaller beim Auftakt zum heißen Herbst in Sindelfingen

## Kurswechsel gefordert

Fast 2000 Metaller haben sich bei herrlichem Wetter, am 22. September zur Auftaktveranstaltung „Kurswechsel für ein gutes Leben“ in Sindelfingen eingefunden. Eingeladen hatte dazu, die IG Metall Baden-Württemberg.

Energisch und entschlossen stimmte Jörg Hofmann, Bezirksleiter der IG Metall, die Anwesenden auf einen heißen politischen Herbst ein. Als einer von mehreren

Rednern appellierte er an jeden Einzelnen, sich für einen Kurswechsel einzusetzen und sich bei den Aktionen der IG Metall zu beteiligen. Er kritisierte die Klientelpolitik der Regierung, die ansteigende Zahl von Leiharbeitnehmern

sowie die Rente mit 67, die für viele Menschen zur Armutsfalle werden könnte. „Wer heute einen Bruttoverdienst von 3200 Euro erhält, würde sich später einmal mit einer Bruttorente von rund 1100 Euro begnügen müssen“, so Hofmann. Was dies für viele Menschen bedeutet, die noch weniger verdienen, kann sich wohl jeder selber vorstellen. Dazu fordert er eine abschlagsfreie Rente nach 40 Beschäftigungsjahren. Dem gegenüber fordert die IG Metall eine



Konzentrierte Zuhörer in Sindelfingen

entsprechende Veranlagung bei hohen Vermögen, einen höheren Spitzensteuersatz sowie eine Finanztransaktionssteuer. Zur Leiharbeit machte Hofmann eine klare Aussage: „Es gibt keine faire Leiharbeit“.

Diese zu verhindern, wenigstens zu begrenzen und zumindest für die Betroffenen menschenwürdig zu gestalten, haben sich in einer Erklärung der IG Metall Baden-Württemberg mehr als 100 Betriebsratsvorsitzende verpflichtet.

### Nachrichten

#### Gesundheitsreform:

#### Langsam kommt es an den Tag

An der Gesundheitsreform scheint niemand mehr zu rütteln. Sie wird den Kassenpatienten vermutlich eine Menge Geld kosten. Langsam kommen nun die bitteren Wahrheiten an den Tag. Vor dem Kabinettschluss zu seiner Reform gab Gesundheitsminister Philipp Rösler unumwunden zu: Die medizinische Versorgung wird für Versicherte in den nächsten Jahren deutlich höhere Kosten verursachen. Technischer Fortschritt, steigende Lebenserwartung – all das wolle eben finanziert sein. Doch es gibt einen letzten Ausweg zur sozialen Gerechtigkeit. Am 13. November 2010 geht es zur Demo nach Stuttgart.

### Der Preisrätsel-Gewinner



Betriebsrat Alfons Mayerhöffer gratuliert Rainer Stöffler zu seinem Preis. Er hat beim Gewinnspiel der letzten Ausgabe von „WIR - IG Metall bei Audi“ einen Trolley gewonnen..

### Termine 2010

13.11.2010	DGB-Großkundgebung in Stuttgart
30.11.2010	Delegiertenversammlung
02.12.2010	Jugendversammlung
04.12.2010	Vertrauensleutenvollversammlung
10.12.2010	Jubilärfest im Audi Forum Neckarsulm
14.12.2010	4. Betriebsversammlung

## Menschen sind keine Schachfiguren mehr

# Versetzungen bald fair geregelt

**Wie Schachfiguren in einem ungleichen Spiel fühlen sich viele Beschäftigte, wenn es um Versetzungen geht. Keine Seltenheit ist es, dass sie hin und her geschoben werden, ohne gefragt oder zumindest rechtzeitig informiert zu werden.**

Jetzt ist ein erster Schritt in eine andere Richtung vollzogen. Das formale Regelwerk bei Versetzungen liegt nun auf dem Tisch. Zusammen mit der Personalleitung hat der Betriebsrat die bestehenden Regeln bei Versetzungen überarbeitet und neu formuliert.

Jetzt gilt es auch für das Unternehmen sich daran zu halten. Wichtig wird dies vor allem für die Ankündigungsfristen. Aber auch bei der Personalauswahl, beim Entgelt, der Qualifizierung sowie bei der Nachbetreuung gab es immer wieder Beschwerden von den Mitarbeitern. Die Ankündigungsfrist für eine Versetzung wurde verbindlich geregelt. Die Einarbeitungszeit wird sich an den jeweiligen Taktzeiten orientieren und kann bis zu fünf Tage dauern. Es sind alle erdenklichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um dem Beschäftigten

sein bisheriges Entgelt zu sichern.

Als letzter Punkt wird eine Nachbetreuung stehen. Diese soll sicher stellen, dass sich die Beschäftigten nicht hilflos und unfrieden an einen neuen Arbeitsplatz abgeschoben fühlen.

Doch die formalen Regeln, die sich exemplarisch am Versetzungsprozess orientierten, sind nur der Anfang eines langen Prozesses. Die größere Herausforderung wird sein, das Management, den Betriebsrat, die Vorgesetzten wie auch die Beschäftigten von einer partnerschaftlichen Verhaltensweise zu überzeugen und diese auch gemeinsam zu leben. Dazu will der Betriebsrat gemeinsam mit dem Unternehmen ein Projekt auf den Weg bringen, das nicht nur beschreibt, sondern aktive Lösungsansätze ausarbeitet, die in der Praxis umgesetzt und angewandt werden können. Ganz im Sinne des Code of Conduct.

**Fraktionschef Steinmeier und Josip Juratovic getroffen**

## Betriebsräte in Berlin

Betriebsräte nützen nicht nur den Beschäftigten, sondern auch der Wirtschaftlichkeit von Unternehmen. Denn Betriebe mit Betriebsrat sind oft produktiver und innovativer, haben eine geringere Fluktuation und eine familienfreundlichere Personalpolitik – zu diesem Ergebnis kam jetzt eine Studie. Diese Erkenntnis ist für den Heilbronner Bundestagsabgeordneten und früheren Betriebsrat Josip Juratovic (SPD) nicht neu. Dem Arbeitsmarktpolitiker ist die enge Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaften nach wie vor wichtig. Daher freut sich Juratovic in jedem Jahr, wenn zur Betriebsrätekonferenz auch aus seinem Wahlkreis Vertreter nach Berlin kommen. Dieses Mal besuchte ihn Audi-Betriebsrat Rainer Feigenspan.



Audi-Betriebsrat Rainer Feigenspan traf Josip Juratovic (SPD)

„In der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich Betriebsräte als Krisenmanager profiliert und eine zentrale Rolle bei der Rettung von Arbeitsplätzen eingenommen. Die Mitbe-

stimmung hat sich als Standortfaktor bewährt“, weiß auch der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier, den die Besucher aus dem Unterland in Berlin trafen.

Immer mehr Beschäftigte werden befristet eingestellt, bekommen nur Teilzeitstellen oder arbeiten als Leiharbeitskräfte. „Deshalb haben wir einen Antrag zur Weiterentwicklung der Leiharbeit im Bundestag eingebracht. Wir wollen gesetzliche Mindestlöhne und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen ausdehnen“, nennt Juratovic als wichtige Forderung.

**Arbeitsplätze in Ungarn - sichere Beschäftigung hier**

## Zwei Gewinner bei Audi

Die ehrgeizigen Wachstumsziele von Audi bis zum Jahr 2015 rund 1,5 Millionen Fahrzeuge jährlich zu verkaufen, sind mit den bestehenden Produktionskapazitäten nicht erreichbar. Ein Ausbau der Fertigungskapazitäten an den beiden deutschen Standorten scheiterte zum Einen an den notwendigen Flächen, aber auch an den erforderlichen Finanzen. Ein Ausbau der A1-Kapazität in Brüssel ist geplant, reicht aber bei weitem nicht aus, so dass die Option das Mon-



tagewerk in Győr zu einem kompletten Fertigungsstandort mit Karosseriebau, Lackiererei und Montage auszubauen, die einzige Möglichkeit darstellt.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für das Werk Neckarsulm sind die Kollegen Norbert Rank und Heinz Eyer. Sie haben diesem Antrag des Unternehmens erst dann zugestimmt, als klar war, dass durch die Erweiterung kein einziger Arbeitsplatz in Deutschland gefährdet wird.

**Dénesné Nagy Sylvia, Betriebsrätin**

### Mehr Arbeitsplätze für Győr und ...

„Vor allem freue ich mich, dass sich die Leitung des Audi-Konzerns für die Erweiterung des Werkes Győr entschieden hat. Dies zeigt auch, dass sie Vertrauen in die ungarischen Mitarbeiter haben und sehen, dass die ungarischen Arbeitsverhältnisse organisiert sind. Als Betriebsratsmitglied war es mein Ziel und wird es auch bleiben, dass Audi Hungaria wettbewerbsfähig ist und bleibt, denn so haben wir mehr Chancen für weitere Entwicklungen. In den letzten 16 Jahren haben wir uns bemüht, der ganzen Welt zu zeigen, dass



die ungarische Arbeitskraft präzise und zuverlässig ist. Für uns Arbeitnehmer bedeutet es, dass sich die Region weiterentwickelt und sowohl für die alten, als auch den neuen Audi Hungaria-Mitarbeitern eine langfristige Arbeitsmöglichkeit entsteht. Daneben werden sich auch Dienstleister und Lieferanten erweitern und weitere Arbeitskräfte einstellen. Natürlich ist der Ausbau eine neue Herausforderung für alle Mitarbeiter des Werkes Győr. Aber ich freue mich schon jetzt auf die neuen Aufgaben.“

Dénesné Nagy Sylvia, Győr

**Norbert Rank, Betriebsratsvorsitzender Neckarsulm**

### ... Beschäftigungssicherung bei uns in Neckarsulm!

Die vom Aufsichtsrat im September 2010 beschlossene Erweiterung des Standortes Győr hat im Vorfeld der Entscheidung überwiegend am Standort Ingolstadt zu heftigen Diskussionen geführt. Aus der Tatsache heraus, dass mit der geplanten A3 Limousine ein Ingolstädter Modell künftig in Győr gebaut werden soll, ist dies durchaus verständlich.

In Neckarsulm wurde das Thema mit Blick auf das gesamte Audi Produktionsnetzwerk diskutiert. Hier stand sofort der Fokus auf der Drehscheibe im B-Segment. Diese für unsere Standorte

weitsichtig getroffene Entscheidung ist ein wesentlicher Teil unserer Beschäftigungssicherung.

Genau dies war auch unser Ansatzpunkt in den Verhandlungen, nämlich keinerlei Beschäftigungsrisiken für die Belegschaften in Ingolstadt und Neckarsulm zu akzeptieren. Dies ist uns mit der Vereinbarung zur Kapazitätserweiterung in Győr auch gelungen.

Denn im Gegenzug zu unserer Zustimmung schließt das Unter-



nehmen betriebsbedingte Kündigungen für die Beschäftigten in Ingolstadt und Neckarsulm bis zum 31.12.2014 aus.

Speziell für unseren Standort sagt die Vereinbarung, dass wir auf einer Montagebasis von insgesamt 1.300 Fahrzeugen auch künftig den A6 und den A8 in allen Varianten bauen werden und dass vor allem auch die Produktionsdrehscheibe im B-Segment mit Ingolstadt künftig sicher ist! Für alle Audianer ein gelungener Abschluss.

Norbert Rank,  
Betriebsratsvorsitzender  
Audi AG Neckarsulm

# Was wollen die Metaller

## Jugend- und Auszubildenden-Vertretung

Am 03.11.2010 ist es soweit. Dann wählen die bis 25-jährigen Azubis und Dual-Studierenden, sowie die Arbeitnehmer bis 18 Jahre, die Jugend- und Auszubildendenvertreter (JAV). Eine neue Mannschaft steht in den Startlöchern.

Die Aufgaben der JAV sind vielseitig und gehen über das normale Arbeitspensum hinaus. Manchmal muss dabei die Freizeit hinten anstehen.

Ein schwieriges Jahr könnte 2012 werden, wenn zwei Abiturjahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen. Eine Erhöhung der Ausbildungsstellen oder Studienplätze ist ein Ziel und gleichermaßen eine Her-

ausforderung, der sich die JAV gestellt hat.

Nicht nur Großes soll angegangen werden. Gerade Alltägliches wie Arbeitskleidung, Bustransfer oder das Zurechtfinden mit den „neuen“ Arbeitszeiten vor allem bei den Jüngeren sind Themen, die auf der Tagesordnung stehen.

Vieles ist zwar per Gesetz geregelt, doch wenn das persönliche Engagement fehlt, helfen Vorschriften und Regeln nicht weiter. „Daher ist das Wichtigste, dass wir als JAV gemeinsam für unsere Azubis da sind und mit ihnen zusammen die Ausbildung gestalten. Damit wir auch in Zu-

kunft diesem Anspruch gerecht werden, brauchen wir die besten Kandidaten“, so Robin Lörcher, stellvertretender JAV Vorsitzender.

Erfolgreiche Mitbestimmung, wie sie in der Berufsausbildung gelebt wird, ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist das Ergebnis von engagierten Menschen, die sich nicht nur für die eigenen Interessen stark machen, sondern sich auch für die Rechte ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen. „Für die Akzeptanz und Durchsetzungsfähigkeit der neuen JAV ist eine hohe Wahlbeteiligung sehr wichtig. Sie zeigt, dass ihr hinter der JAV steht“, so Alexander Reinhart, amtierender Vorsitzender der JAV.

**3.11.2010  
JAV-Wahlen**

## Schwerbehinderten-Vertretung

Wie die Betriebsratswahlen findet die Wahl der Schwerbehindertenvertretungen (SBV) alle vier Jahre statt. Gewählt wird ausschließlich im Briefwahlverfahren. Die abzugebenden Stimmen müssen bis zum 27. Oktober 2010 eingegangen sein.

Mit der Wahl der SBV wird für Menschen mit Behinderung die Grundlage für deren Interessenvertretung gelegt. Gemeinsam mit den Betriebsräten am Standort, wie auch mit den Konzernbetriebsräten, setzen sich die SBV für Gleichstellung und Integration ein und beraten bei Konflikten. Gerade bei Langzeitkranken

und deren Wiedereingliederung gibt es immer wieder Unstimmigkeiten in der Vorgehensweise. „Daher wollen wir ein einheitliches betriebliches Eingliederungsmanagement für alle Bereiche an den Audi Standorten Ingolstadt und Neckarsulm ein-

führen“, erklärte der Schwerbehindertenvertreter bei Audi in Neckarsulm, Michael Blenk.

Eine Herausforderung birgt auch der demografische Wandel. Bereits bei Nichtbehinderten zeigt sich die Kluft zwischen den Forderungen der Politik und den Anforderungen an den Arbeitsplätzen in den Betrie-

ben. Bei Schwerbehinderten erfordert es zusätzliche Anstrengungen. Auch wenn über Gesetze vieles geregelt ist, müssen die entsprechenden Arbeitsplätze erst einmal zur Verfügung stehen. Diese dann auch noch für Schwerbehinderte so zu gestalten, dass sie angenommen werden können, steht ebenfalls auf der Agenda der SBV.

Auch die IG Metall Heilbronn-Neckarsulm trägt ihren Beitrag zum Gelingen einer erfolgreichen SBV bei. Mit Arbeitskreisen und Netzwerken unterstützt sie die betrieblichen Vertreter und ermöglicht diesen einen breiten Erfahrungsaustausch.

**Briefwahl bis  
zum 27. 10.2010**



## Liebe Leserinnen und Leser, Ihr seid dran

Was nervt, was stört, was läuft nicht gut – aber auch was gefällt, was erstaunt, was freut oder was hat euch tief betroffen gemacht. Schreibt es uns. Jedoch nicht mehr als 1.000 Zeichen. Wir veröffentlichen euren

Beitrag mit Name und Bild. Allerdings behält sich die Redaktion das Recht vor, aus der Anzahl der eingesandten Beiträge auszuwählen und diese gegebenenfalls zu redigieren. Texte an: wilfried.lauber@audi.de

## Bundesregierung schenkt den Atomkonzernen Milliarden Euros

Richtig großzügig ist die Bundesregierung bei den Atomkonzernen. Rund 20 Milliarden Euro an Steuererleichterungen haben die vier großen Atomriesen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall für den Atomausstieg im Jahre 2000 bekommen. Die damalige rot-grüne Regierung verzichtete auf eine Besteuerung der Rückstellungen für den späteren Abriss der Atommeiler. Diese 20 Milliarden müssten, wenn die Laufzeiten der Atommeiler wieder verlängert werden, sofort – samt Zinsen – wieder an die Staatskasse zurückgezahlt werden.

Das Forum für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) hat in einer Studie errechnet, dass die Atomindustrie von 1950 bis 2008 - in heutigen Preisen gerechnet - vom Staat zusätzlich mit 165 Milliarden Euro unterstützt wurde. Das Fazit der FÖS-Studie ist deshalb eindeutig: „Hätten die Atomenergiebetreiber auch nur einen relevanten Teil der Kosten selber tragen müssen, wäre diese Technologie nie eingeführt worden.“

## Leserforum

Ein Leserbrief erreichte uns von Otmar Kellhammer (PN-122):

„Auf diesem Wege möchte ich einige Gedanken und Anregungen loswerden. Zunächst einmal muss man festhalten, dass die Juli-Ausgabe vom Layout, sowie von der Themenzusammenstellung durchaus gelungen war.“

Das Thema Versetzungen ist für die Kollegen und Kolleginnen von sehr großer Bedeutung und es ist sicher richtig, Spielregeln für künftige Maßnahmen festzulegen. Darüber hinaus erscheint es unerlässlich, an die Verantwortung der Vorgesetzten zu appellieren.

Von noch größerer Bedeutung sind die von Rudolf Luz sehr detailliert beschriebenen Einsparungen im sozialen Haushalt. Daher sollte es für jeden Kollegen selbstverständlich sein, am 13. November 2010 an der Demo gegen Sozialabbau in Stuttgart teilzunehmen.

Als einziges Manko erachte ich den Beitrag zum Qualifizierungstarifvertrag. Hier besteht erhöhter Aufklärungsbedarf (besonders in den direkten Bereichen) und dem wird dieser Artikel nicht gerecht.

Als Fazit bleibt dennoch festzuhalten, dass sich unsere Zeitung deutlich weiterentwickelt hat und das ist gut so.“



Vorfreude, Unsicherheit, Begeisterung – gepaart mit großen Erwartungen an die Zukunft – haben im September 259 Jugendliche und 21 Dual-Studierende ihre Ausbildung bei Audi in Neckarsulm aufgenommen.

## Amann: Novum in der Firmengeschichte

# Erstmals Betriebsrat gegründet

Die erste Betriebsratswahl in der Unternehmensgeschichte der Firma Amann Druckguss in Massenbachhausen fand im Dezember 2009 statt. In den Jahren zu-

vor gab es immer wieder Kontakte von einzelnen Beschäftigten zur IG Metall Heilbronn-Neckarsulm. Es sollte jedoch bis zum Frühsommer 2009 dauern, bis

gewählt. Gerade in den Anfangsmonaten ist vom Betriebsrat viel Grundlagenarbeit zu leisten. Gegenwärtig ist eine neue Arbeitszeitregelung in Bearbeitung, noch im Herbst sollen erste Schritte in Richtung Tarifbindung eingeleitet werden.

Der Betriebsrat und die IG Metall sind für die anstehenden Aufgaben gut gerüstet. Von den rund 200 Beschäftigten sind mittlerweile rund 140 in der IG Metall organisiert. Das ist zum Start in die anstehenden Auseinandersetzungen sicherlich eine ganz gute Voraussetzung.



Klaus Fischer wurde zum Betriebsratsvorsitzender gewählt

ein beherztes Kernteam gemeinsam mit der IG Metall die Betriebsratswahlen einleitete.

Als freigestellter Betriebsratsvorsitzender wurde Klaus Fischer